

Mai 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Studieninformation..... | 1 |
| Die wichtigsten Ergebnisse..... | 2 |
| Mehrheit der Deutschen begrüßt das europäische Engagement des französischen Präsidenten Macron..... | 3 |
| Große Offenheit für europäische Zusammenarbeit..... | 5 |
| EU-Mitgliedschaft: Nur jeder Siebte sieht Nachteile für Deutschland..... | 6 |
| Konstant hohes Vertrauen in Frankreich als Partner für Deutschland..... | 7 |
| Wirtschaftliche Grundstimmung ist sehr positiv..... | 9 |
| Bewertung der Regierungsarbeit: Mehrheit übt weiterhin Kritik..... | 10 |
| Politikerbewertung: Merkel vor Altmaier und Seehofer..... | 11 |
| Sonntagsfrage: Politische Stimmung stabil..... | 12 |
| Jeder Zweite befürwortet die Einrichtung von Ankerzentren für Flüchtlinge..... | 14 |
| Mehrheit für Kürzung der Entwicklungshilfe bei unzureichender Kooperation..... | 15 |

ARD – DeutschlandTREND Mai 2018

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

| | | |
|---|---|----------------|
| Grundgesamtheit | Wahlberechtigte in Deutschland | |
| Stichprobe | Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30) | |
| WDR-Autorin | Ellen Ehni | 0221 220-1800 |
| WDR-Redakteurin | Claudia Müller | 0221 220-1800 |
| Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap | Heiko Gothe | 030 533 22 - 0 |
| Erhebungsverfahren | Telefoninterviews (CATI) | |
| Fallzahl | 1.007 Befragte Frage zur Vertiefung der EU: rund 500 Befragte Sonntagsfrage: 1.507 Befragte | |
| Gewichtung | nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung | |
| Erhebungszeitraum | 7. bis 8. Mai 2018 Sonntagsfrage: 7. bis 8. Mai 2018 | |
| Schwankungsbreite | 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent | |
| Durchführendes Institut: | infratest dimap | |
| Ihre Ansprechpartner: | Michael Kunert | 030 53322-0 |
| | Reinhard Schlinkert | 0228 32969-3 |

Die wichtigsten Ergebnisse

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron wird am Donnerstag für sein europäisches Engagement mit dem Karlspreis ausgezeichnet. Während in Frankreich die innenpolitische Kritik an Macron zunimmt, finden es in Deutschland vier Fünftel (82 Prozent) gut, dass Präsident Macron die Europäische Union mit einer Reihe von Vorschlägen voranbringen will. Auch wenn sein Vorschlag für eine engere finanzpolitische Zusammenarbeit in Europa nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt, besteht in Deutschland grundsätzlich eine große Offenheit für eine europäische Zusammenarbeit: 53 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die europäischen Länder ihre Zusammenarbeit in den nächsten Jahren weiter vertiefen, weitere 18 Prozent für eine Kooperation auf bisherigem Niveau. Ein Viertel (24 Prozent) plädieren hingegen für eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf nationale Ebene. Von Bundeskanzlerin Merkel wünschen sich 58 Prozent der Bundesbürger, dass sie sich mit mehr Leidenschaft für die Europäische Union einsetzt. Vier von zehn Bürgern (39 Prozent) sind nämlich der Meinung, dass Deutschland eher Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft hat, für 45 Prozent halten sich Vor- und Nachteile die Waage. Nur eine Minderheit (14 Prozent) bewertet die EU-Mitgliedschaft als nachteilig für Deutschland. In Frankreich sieht eine breite Mehrheit der Deutschen (90 Prozent) einen verlässlichen Partner für Deutschland. Und auch das deutsch-französische Verhältnis hat sich aus Sicht der Deutschen seit dem Amtsantritt des französischen Präsidenten konstant bis positiv entwickelt. Deutlich kritischer stehen die Bürger den USA, Russland und der Türkei gegenüber, die ein Großteil nicht für vertrauenswürdig hält.

Mit Blick auf Deutschland bewertet die Bevölkerung die wirtschaftliche Lage vor dem Hintergrund guter Konjunkturdaten weiterhin mit großer Mehrheit (80 Prozent) als sehr gut oder gut. Von dieser positiven Einschätzung der Wirtschaftslage kann die Bundesregierung in ihrer Bewertung aktuell aber nicht profitieren. Ähnlich wie im Vormonat sind knapp zwei Drittel (63 Prozent) mit der Arbeit der schwarz-roten Koalition unzufrieden. Damit ist die Koalition aus Union und SPD deutlich schlechter als in die letzte Legislaturperiode gestartet. Insbesondere die Anhänger der SPD blicken kritisch auf die neue Regierung.

Mit dem aktuellen ARD-DeutschlandTREND liegt die erste Bewertung der neuen Regierungsmannschaft vor. Acht Wochen nach der Vereidigung der Kabinettsmitglieder ist Bundeskanzlerin Merkel die populärste deutsche Politikerin, mit der die Hälfte der Deutschen (51 Prozent) zufrieden ist. Ihr folgen Wirtschaftsminister Altmaier von der CDU (47 Prozent, 1 im Vgl. zu März) und Innenminister Seehofer mit einem deutlichen Ansehensplus (47 Prozent, +12). Das von ihm geführte Innenministerium plant zentrale Einrichtungen zur Erstaufnahme von Flüchtlingen, in denen sie bleiben sollen, bis über ihren Aufenthalt in Deutschland abschließend entschieden ist. Gut jeder Zweite (54 Prozent) würde die Einrichtung solcher Zentren begrüßen, 42 Prozent finden solche Ankerzentren eher nicht gut. Der Vorschlag, die deutsche Entwicklungshilfe für Staaten zu kürzen, die bei der Rückführung von Asylbewerbern nicht ausreichend kooperieren, stößt ebenfalls mehrheitlich auf Unterstützung.

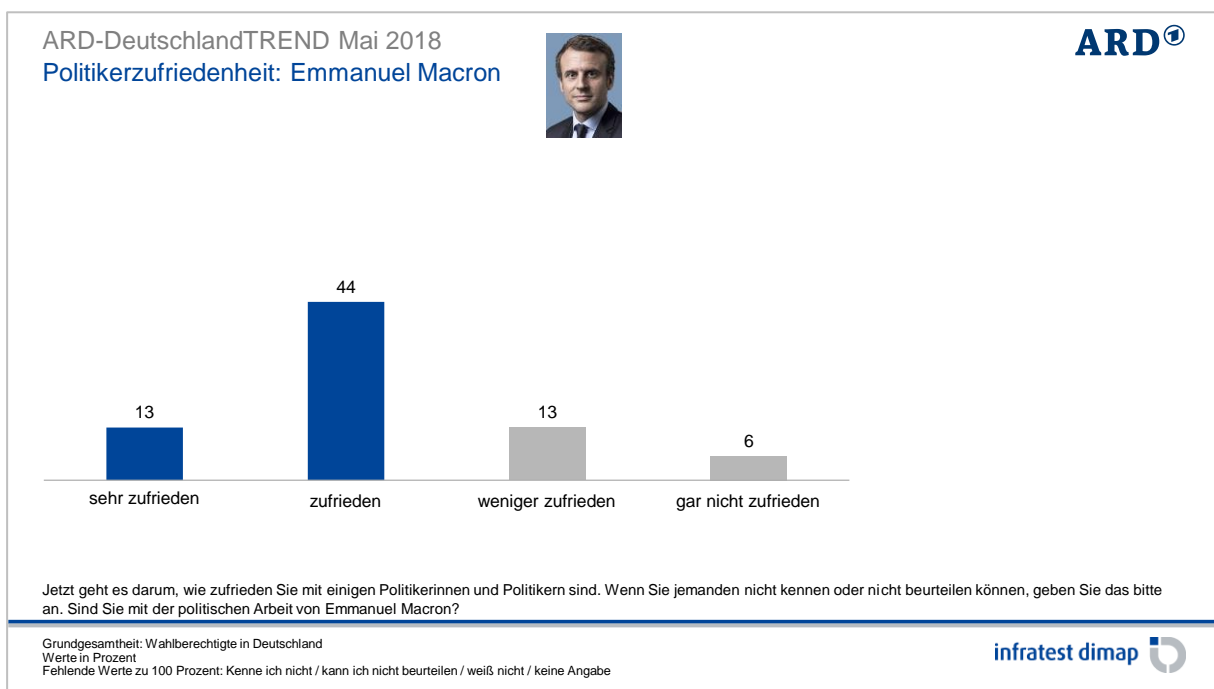
Die politische Stimmung in Deutschland ist stabil. Wenn am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 32 Prozent (-1 im Vergleich zu April). Die SPD hätte unverändert 18 Prozent in Aussicht. Die AfD kann sich um einen Punkt auf aktuell 15 Prozent verbessern. Gleiches gilt für die Grünen, die mit 13 Prozent rechnen könnten. Etwas schwächer als im Vormonat liegen die Linke mit 9 Prozent und die Liberalen mit 8 Prozent - sie müssen gegenüber April jeweils einen Punkt abgeben.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

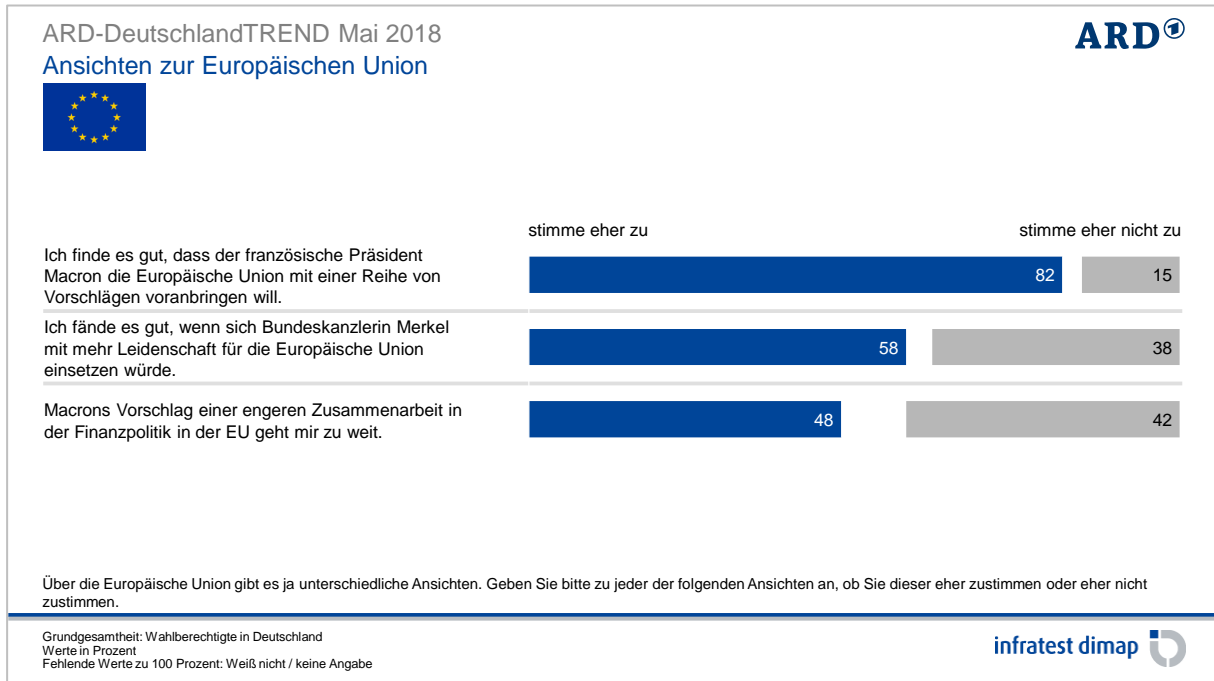
Mehrheit der Deutschen begrüßt das europäische Engagement des französischen Präsidenten Macron

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron wird am Donnerstag mit dem Karlspreis ausgezeichnet, der seit 1950 für besondere Verdienste um die europäische Einigung verliehen wird. Das Karlspreis-Direktorium begründet die Auszeichnung mit Macrons „kraftvoller Vision von einem neuen Europa“ sowie seiner „Leidenschaft und seinem europäischen Engagement“.

Auch in Deutschland erfreut sich der französische Präsident großer Beliebtheit: 57 Prozent sind mit seiner politischen Arbeit sehr zufrieden (13 Prozent) oder zufrieden (44 Prozent).



Sein Einsatz für die EU stößt auf breite Zustimmung: vier Fünftel (82 Prozent) der Bundesbürger finden es gut, dass Präsident Macron die Europäische Union mit einer Reihe von Vorschlägen voranbringen will – eine Ansicht, die in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften mehrheitlich vertreten wird.

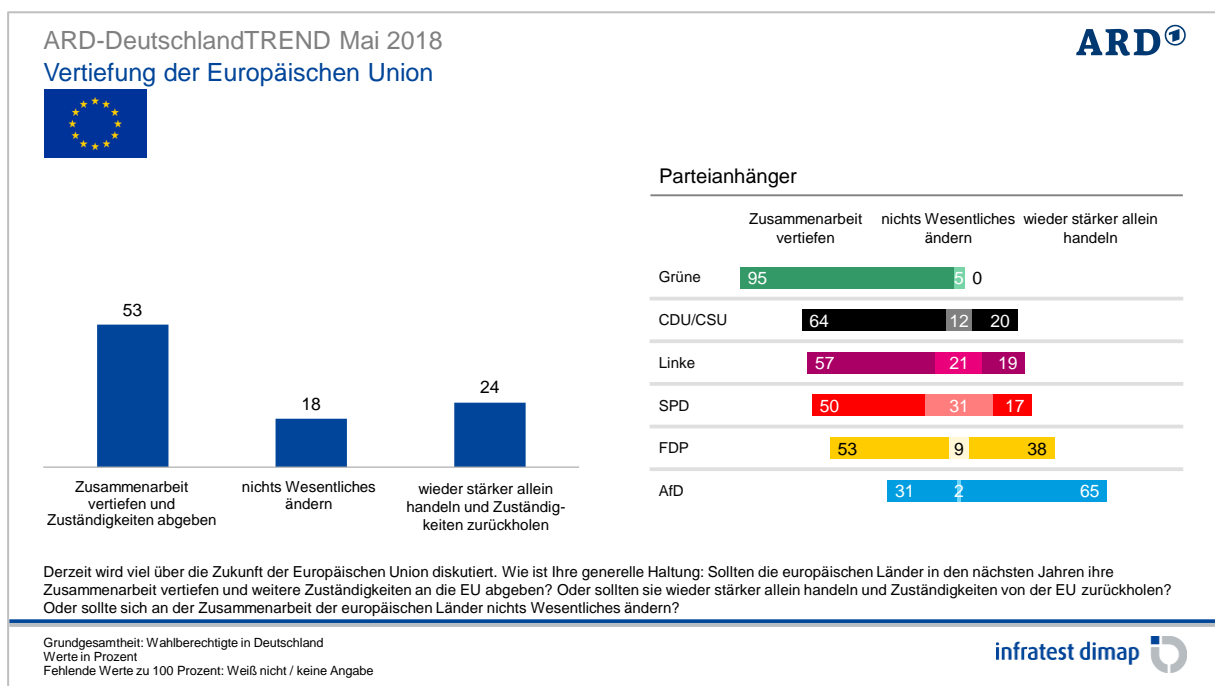


Im Zuge seiner Reformanstrengungen wirbt Emmanuel Macron auch für eine engere europäische Finanzpolitik, beispielsweise einen europäischen Finanzminister und einen gemeinsamen Haushalt. Sein Vorschlag, die europäische Zusammenarbeit in der Finanzpolitik zu intensivieren, geht knapp der Hälfte (48 Prozent) zu weit, 42 Prozent unterstützten dieses Ansinnen.

Von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die im Jahr 2008 ebenfalls mit dem Karlspreis ausgezeichnet wurde, würden sich die Bundesbürger heute mehrheitlich (58 Prozent) wünschen, dass sie sich mit mehr Leidenschaft für die Europäische Union einsetzt. Ein gutes Drittel (38 Prozent) ist hier gegen-teiliger Auffassung – hierunter insbesondere die Anhänger der in ihren Wurzeln eurokritischen AfD.

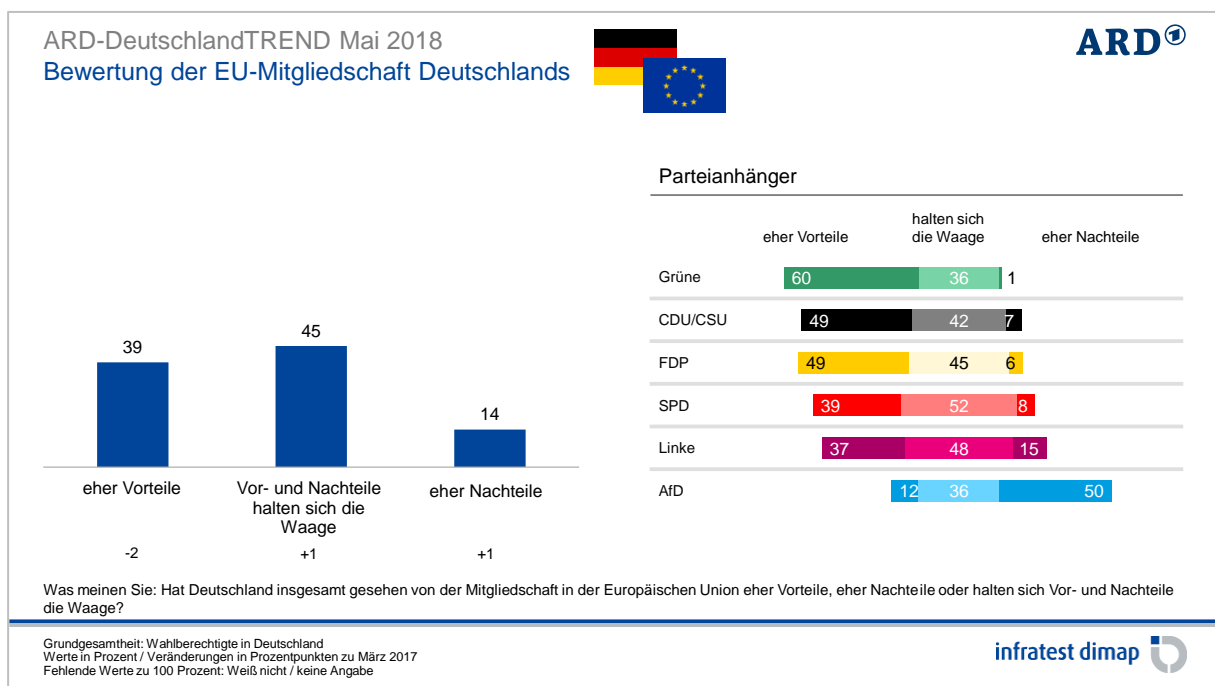
Große Offenheit für europäische Zusammenarbeit

Generell besteht in Deutschland eine große Offenheit für eine europäische Zusammenarbeit. Gut die Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent) wünscht sich, dass die europäischen Länder ihre Zusammenarbeit in den nächsten Jahren weiter vertiefen und weitere Zuständigkeiten an die EU abgeben. Ein Fünftel (18 Prozent) spricht sich dafür aus, dass die Kooperation in Europa auch in Zukunft so wie bisher fortgeführt wird, sich also nichts Wesentliches ändert. Ein Viertel (24 Prozent) plädiert hingegen dafür, wieder stärker alleine zu handeln und Zuständigkeiten von der EU zurückzuholen. Die Anhänger der AfD sprechen sich zu zwei Dritteln (65 Prozent) für diese Rückverlagerung von Kompetenzen aus.



EU-Mitgliedschaft: Nur jeder Siebte sieht Nachteile für Deutschland

Der mehrheitliche Wunsch, die europäische Kooperation auf einem vergleichbaren Niveau fortzusetzen oder sogar zu intensivieren, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Deutschen der EU neutral bis wohlwollend gegenüberstehen. Ähnlich wie vor gut einem Jahr sind vier von zehn Bürgern (39 Prozent, -2 im Vergleich zum März 2017) der Meinung, dass Deutschland eher Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft hat. Für 45 Prozent (+1 Prozentpunkt) halten sich Vor- und Nachteile die Waage. Nur eine Minderheit von 14 Prozent, +1 bewertet die EU-Mitgliedschaft als nachteilig für Deutschland.

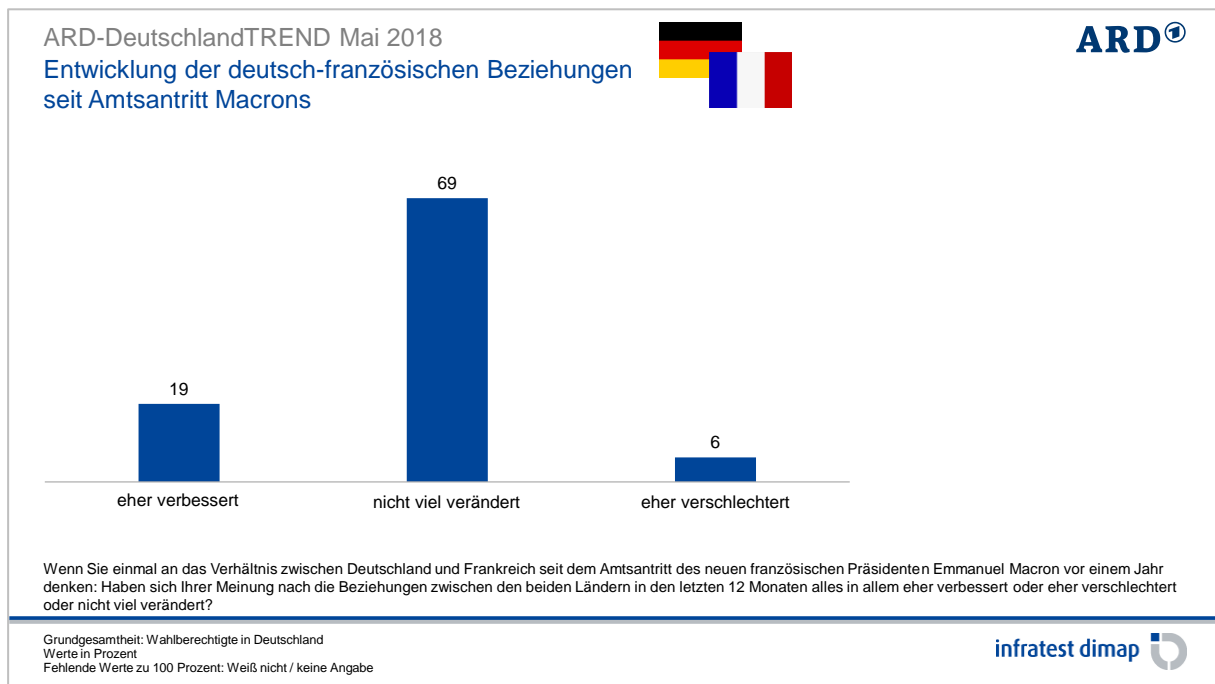


Die positive Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft Deutschlands steigt mit dem Bildungsgrad: Bürger mit hohen Bildungsabschlüssen sehen deutlich häufiger (60 Prozent) Vorteile für Deutschland als Bürger mit formal niedriger Bildung (23 Prozent). Auch die Anhänger der Grünen (60 Prozent) und der Union und FDP (jeweils 49 Prozent) bewerten die deutsche EU-Mitgliedschaft überwiegend als vorteilhaft. Die größte Skepsis besteht unter Anhängern der AfD, die zur Hälfte (50 Prozent) Nachteile mit der europäischen Einbindung Deutschlands verbinden.

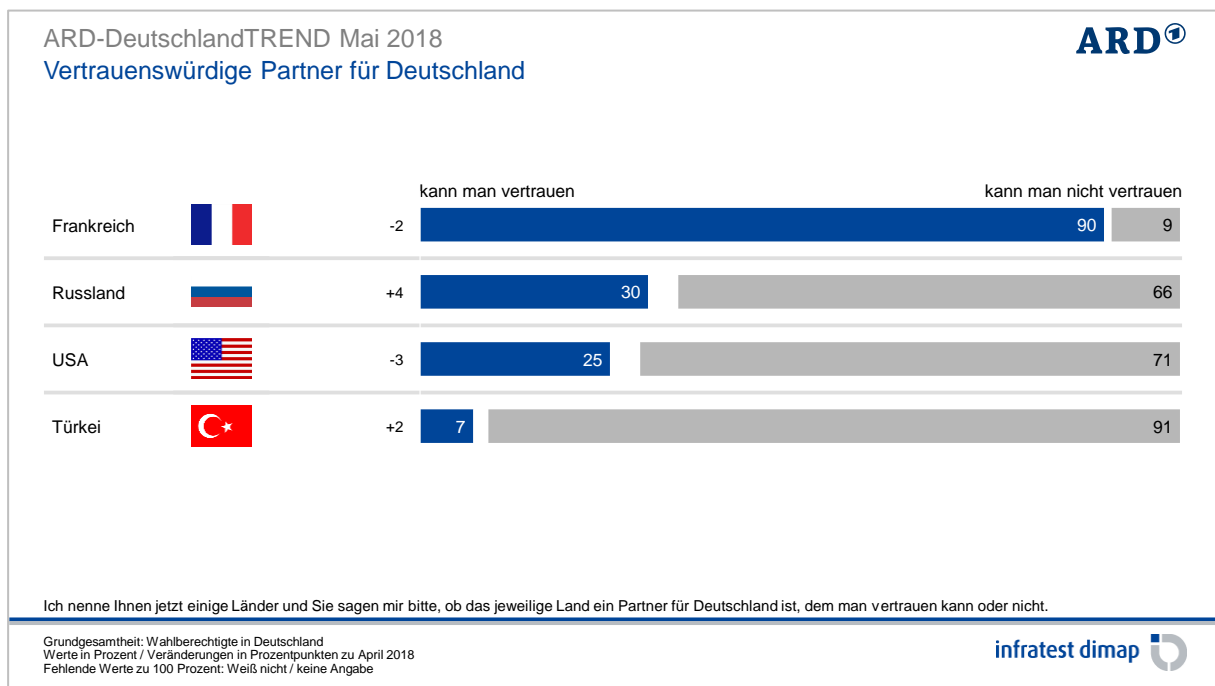
Konstant hohes Vertrauen in Frankreich als Partner für Deutschland

Die enge Verflechtung von Deutschland und Frankreich, die als Motor der EU gelten, spiegelt sich in einem hohen Vertrauen der deutschen Bürger in den westlichen Bündnispartner wider. Eine breite Mehrheit der Deutschen (90 Prozent) sieht in Frankreich einen verlässlichen Partner für die Bundesrepublik. Damit bewegt sich das Vertrauen in den Nachbarn jenseits des Rheins seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau.

Auch die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses seit dem Amtsantritt des französischen Präsidenten Macron vor einem Jahr wird überwiegend konstant bis positiv beurteilt. Zwei Drittel der Bürger hierzulande (69 Prozent) sind der Ansicht, dass sich im Verhältnis der beiden Länder unter Macrons Präsidentschaft nicht viel verändert hat, ein Fünftel (19 Prozent) sieht eine Verbesserung. Nur 6 Prozent finden, dass sich die Beziehung zu Frankreich unter Macron eher verschlechtert hat.

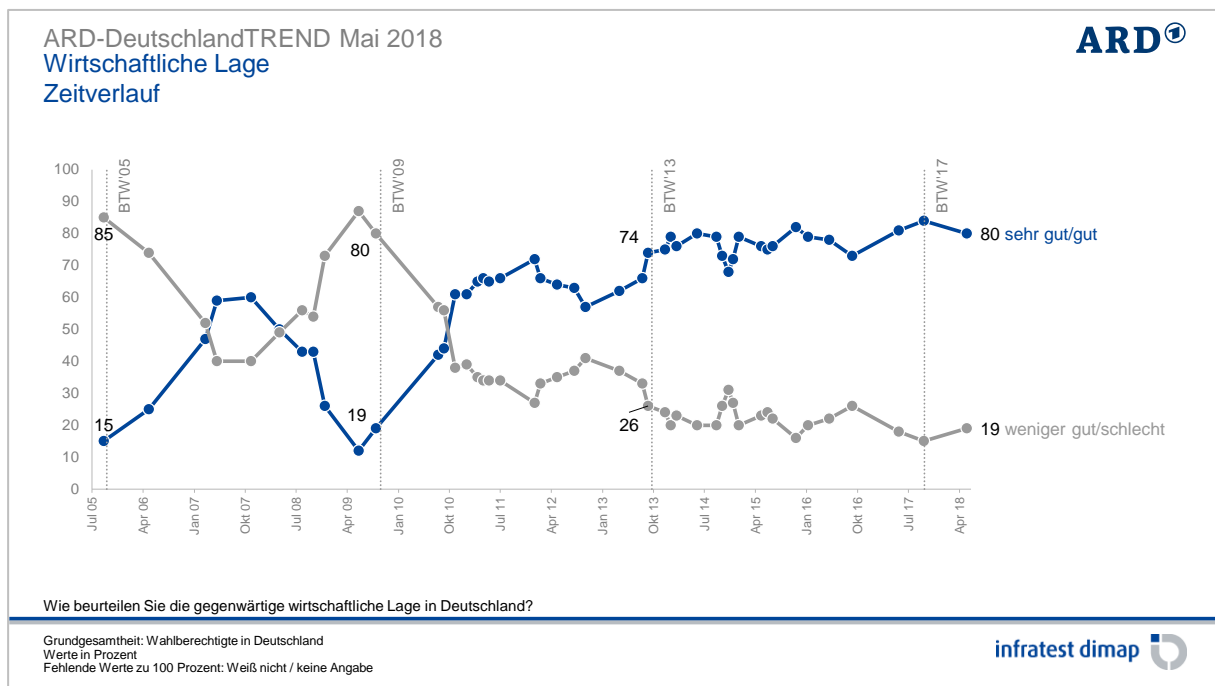


Deutlich kritischer stehen die Deutschen den beiden Großmächten USA und Russland gegenüber. Das Vertrauen in die USA ist im Vergleich zum April nochmals leicht gesunken: Derzeit bewertet rund ein Viertel (25 Prozent, -3) die USA als Partner, dem man vertrauen kann, 71 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. In die Bewertung der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten, ist die Entscheidung von Präsident Trump, das Atomabkommen mit dem Iran zu kündigen, noch nicht eingeflossen. Russland halten aktuell 30 Prozent (+4 Prozentpunkte) für vertrauenswürdig, die Skepsis überwiegt jedoch deutlich (66 Prozent). Nach wie vor schlecht ist es um das Ansehen der Türkei bestellt. Lediglich 7 Prozent (+2 Prozentpunkte) der Deutschen sprechen der Türkei ihr Vertrauen aus, 91 Prozent blicken kritisch auf das Land.



Wirtschaftliche Grundstimmung ist sehr positiv

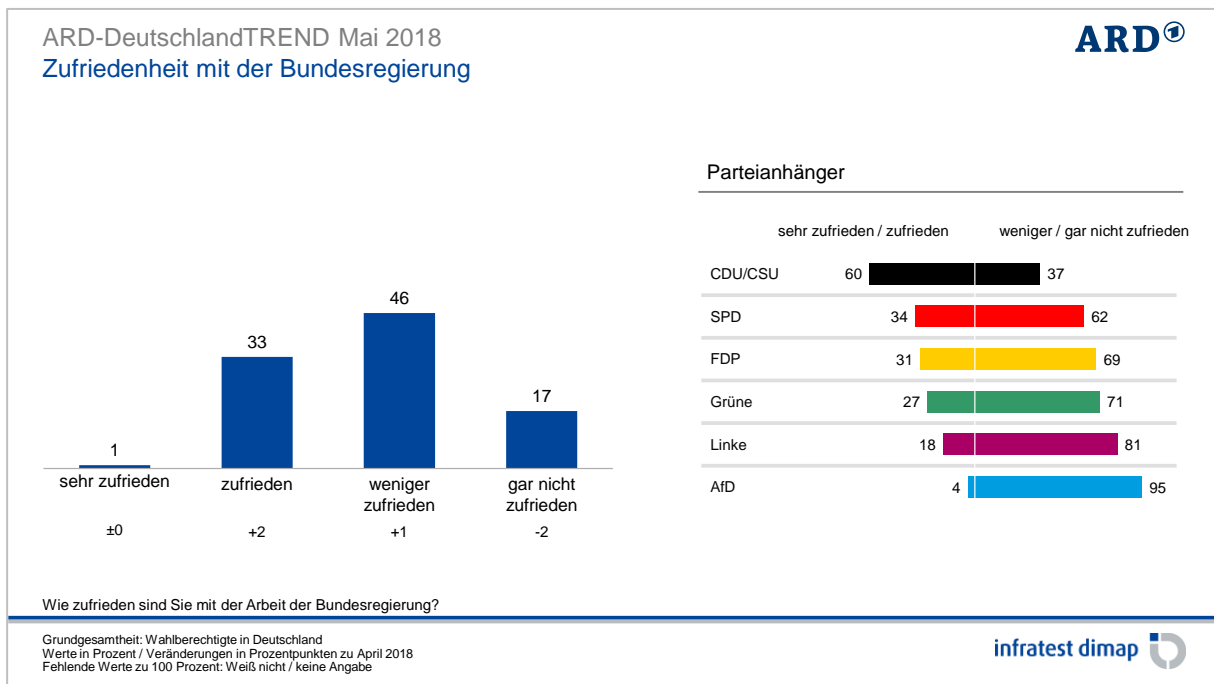
Vor dem Hintergrund guter Konjunkturdaten beurteilen die Bürger die wirtschaftliche Lage in Deutschland weiterhin mit großer Mehrheit positiv. Acht von Zehn sind der Meinung, dass die gegenwärtige Situation sehr gut (20 Prozent, +1 im Vergleich zu September 2017) oder gut (60 Prozent, -5) ist. Lediglich ein knappes Fünftel schätzt die ökonomische Situation des Landes als weniger gut (15 Prozent, +4) oder schlecht (4 Prozent, +/-) ein.



Überdurchschnittlich kritisch ist die Einschätzung bei Befragten mit formal niedriger Bildung, geringem Einkommen, Arbeitern sowie bei Anhängern von AfD und Linke.

Bewertung der Regierungsarbeit: Mehrheit übt weiterhin Kritik

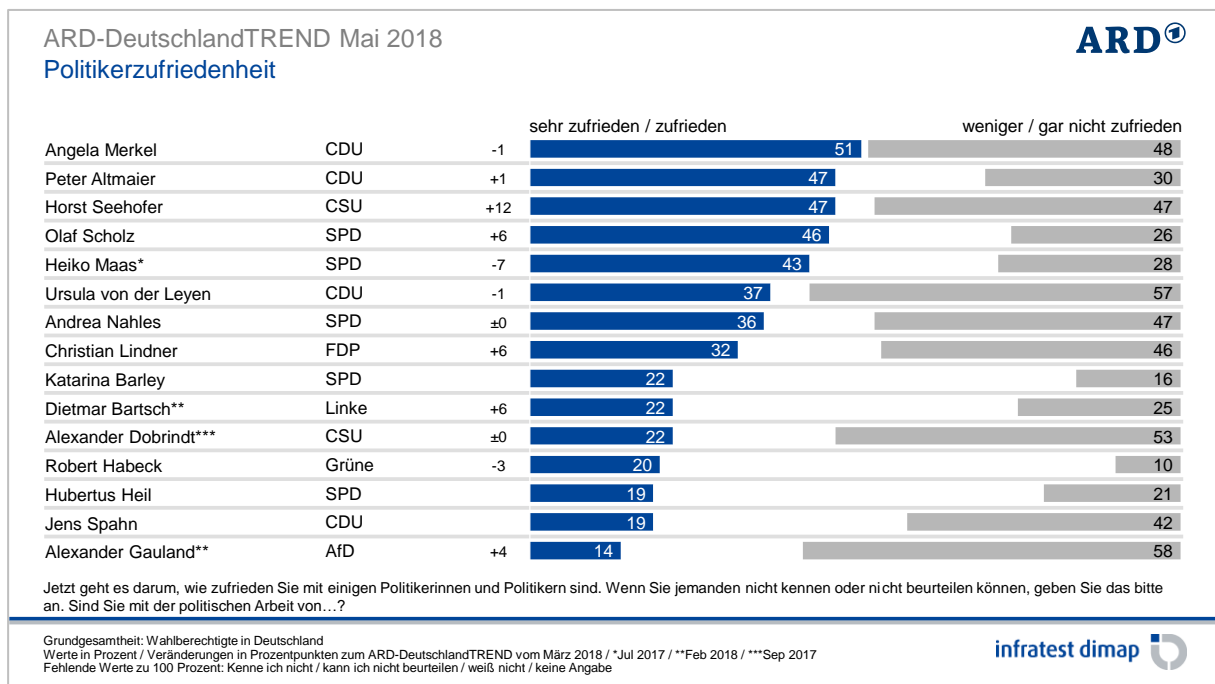
Von der sehr positiven Einschätzung der Wirtschaftslage kann die Bundesregierung in ihrer Bewertung aktuell nicht profitieren. Ähnlich wie im Vormonat sind knapp zwei Drittel der Deutschen (63 Prozent, -1) mit der Arbeit der schwarz-roten Koalition weniger (46 Prozent, +1) oder sogar gar nicht zufrieden (17 Prozent, -2). Ein Drittel ist sehr zufrieden (1 Prozent, +/-0) oder zufrieden (33 Prozent, +2) mit dem Bundeskabinett. Die Koalition aus Union und SPD überzeugt damit deutlich weniger als zu Beginn der letzten Legislaturperiode.



Auffallend ist die sehr unterschiedliche Bewertung der schwarz-roten Regierung durch die Anhänger von Union und SPD. Während 60 Prozent der Unions-Anhänger die Regierung positiv bewerten, ist es bei den SPD-Anhängern nur ein Drittel (34 Prozent).

Politikerbewertung: Merkel vor Altmaier und Seehofer

Mit dem aktuellen ARD-DeutschlandTREND liegt die erste Bewertung der neuen Regierungsmannschaft vor. Acht Wochen nach der Vereidigung der Kabinettsmitglieder ist Bundeskanzlerin Angela **Merkel** die populärste deutsche Politikerin: mit ihrer Arbeit ist ähnlich wie im März die Hälfte der Deutschen zufrieden (51 Prozent, -1 Prozentpunkt). Auf sie folgt Wirtschaftsminister Peter **Altmaier** von der CDU, über den sich 47 Prozent lobend äußern (+1 gegenüber März in seiner Funktion als Chef des Kanzleramtes). Ein deutliches Ansehensplus verzeichnet Innenminister Horst **Seehofer**, der wie Peter Altmaier aktuell von knapp der Hälfte (47 Prozent, +12) wohlwollend bewertet wird. Allerdings polarisiert der CSU-Politiker deutlich stärker, denn ebenso viele Bürger (47 Prozent) sind angesichts seiner bisherigen Leistung als Innenminister skeptisch. Knapp hinter ihm liegt Finanzminister Olaf **Scholz**, der im Vergleich zu seiner Bewertung als kommissarischer SPD-Vorsitzender im März ebenfalls an Ansehen gewinnen kann. Er überzeugt derzeit 46 Prozent (+6) der Bürger – sein bisher höchster Wert im ARD-DeutschlandTREND.



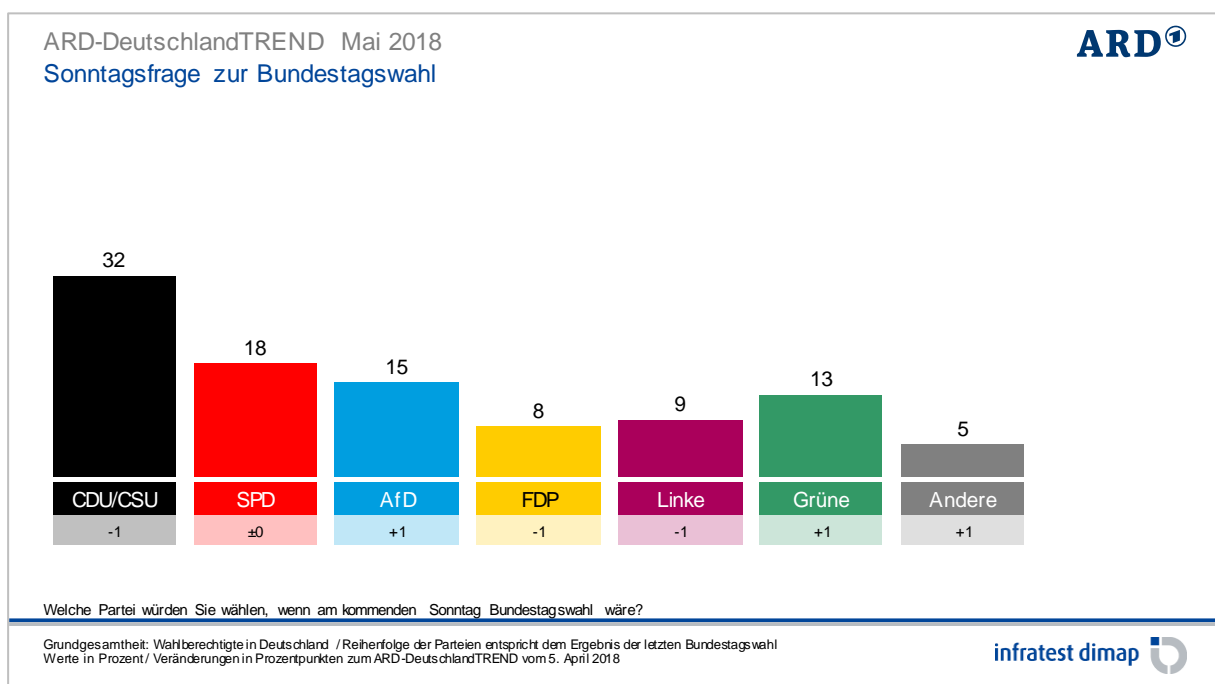
Heiko **Maas** von der SPD kann hingegen als Außenminister bisher weniger als in seiner Funktion als Justizminister überzeugen. Er verliert gegenüber März an Rückhalt und wird aktuell von 43 Prozent wohlwollend beurteilt (-7). Im Mittelfeld folgen Verteidigungsministerin Ursula **von der Leyen** (37 Prozent, -1) und die SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende, Andrea **Nahles** (36 Prozent, +/-0), die beide mehr Kritik als Lob bekommen. Mit großen Bekanntheitsdefiziten kämpfen Justizministerin Katarina **Barley** und Arbeitsminister Hubertus **Heil**. Bei denen, die sich ein Urteil über sie zutrauen, halten sich Lob und Kritik in etwa die Waage. Dagegen stößt Gesundheitsminister Jens **Spahn** auf deutliche Kritik (19:42 Prozent). Gleiches gilt für den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Alexander **Dobrindt** (22:53 Prozent). Ihn sehen die Anhänger der SPD besonders

kritisch – ebenso wie die Minister Spahn und Seehofer. Dafür werden diese Unionspolitiker von den Anhängern der FDP deutlich positiver bewertet.

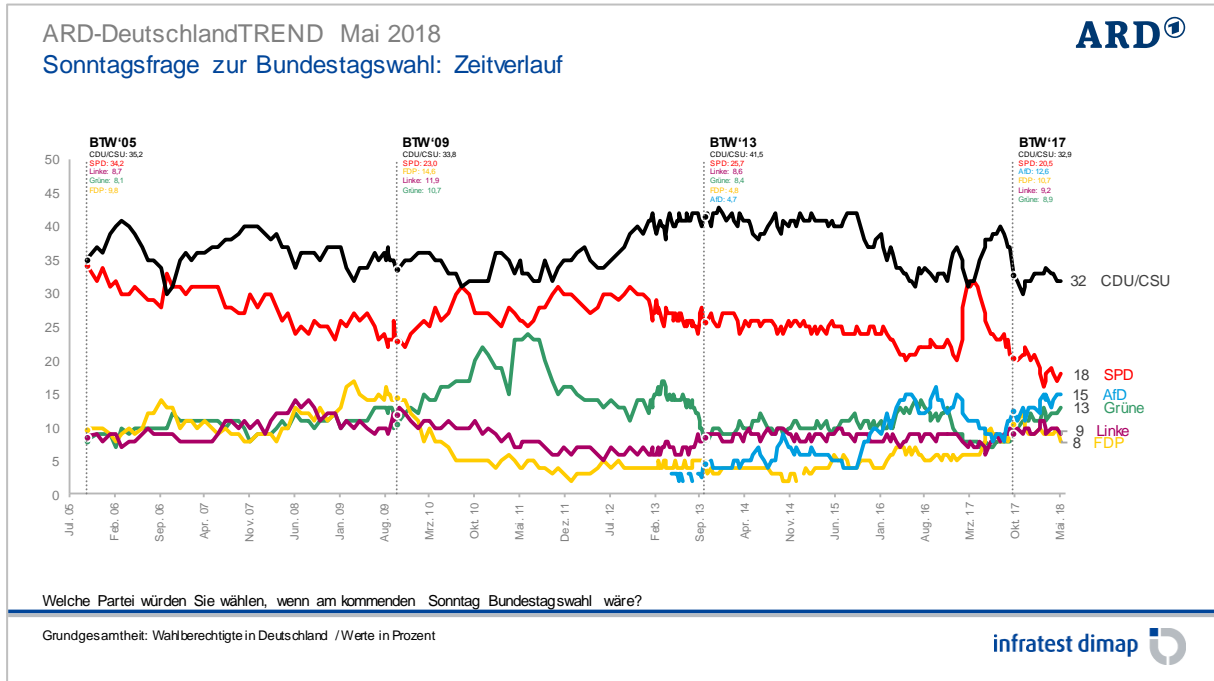
Von den in diesem Monat abgefragten Oppositionspolitikern überzeugt der FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzende Christian **Lindner** am stärksten: 32 Prozent der Bürger sind mit seiner Arbeit zufrieden – ein Plus von 6 Prozentpunkten. In den eigenen Reihen überzeugt er so viele Anhänger wie kein anderer der abgefragten Politiker. Ein Fünftel der Deutschen vergibt gute Noten an den Fraktionsvorsitzenden der Linken, Dietmar **Bartsch** (22 Prozent), und an den Grünen-Parteivorsitzenden Robert **Habeck** (20 Prozent). Mit Ausnahme von Habeck überwiegt bei allen Oppositionspolitikern die kritische Bewertung. Der AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Alexander **Gauland** findet bei 14 Prozent der Bundesbürger wohlwollende Resonanz, die Ablehnung überwiegt aber weiter deutlich.

Sonntagsfrage: Politische Stimmung stabil

Die politische Stimmung ist vergleichsweise stabil. Wenn am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 32 Prozent (-1 Prozentpunkt im Vergleich zu April). Die SPD hätte unverändert 18 Prozent in Aussicht. Die AfD kann sich um einen Punkt auf aktuell 15 Prozent verbessern. Gleiches gilt für die Grünen, die mit 13 Prozent rechnen könnten. Etwas schwächer als im Vormonat liegen die Linke mit 9 Prozent und die Liberalen mit 8 Prozent - sie müssen gegenüber April jeweils einen Punkt abgeben. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent.



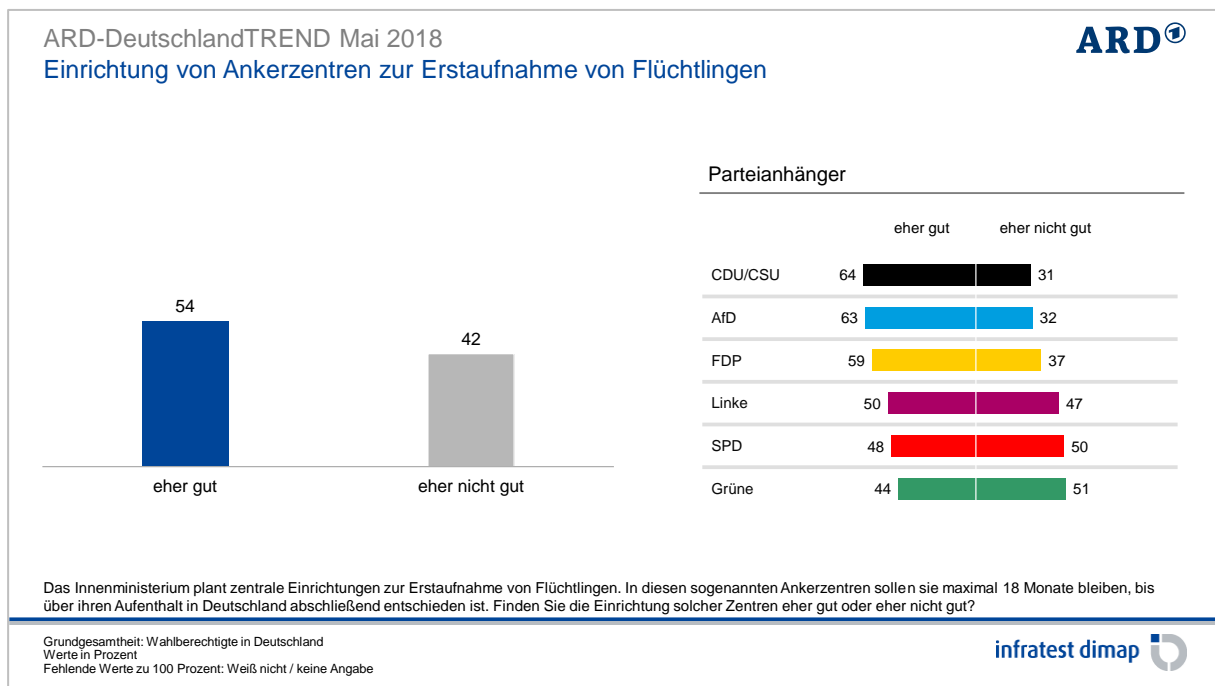
Wäre dies das Ergebnis eines Wahlgangs gäbe es keine anderen Koalitionsoptionen als nach der Bundestagswahl im September 2017.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Jeder Zweite befürwortet die Einrichtung von Ankerzentren für Flüchtlinge

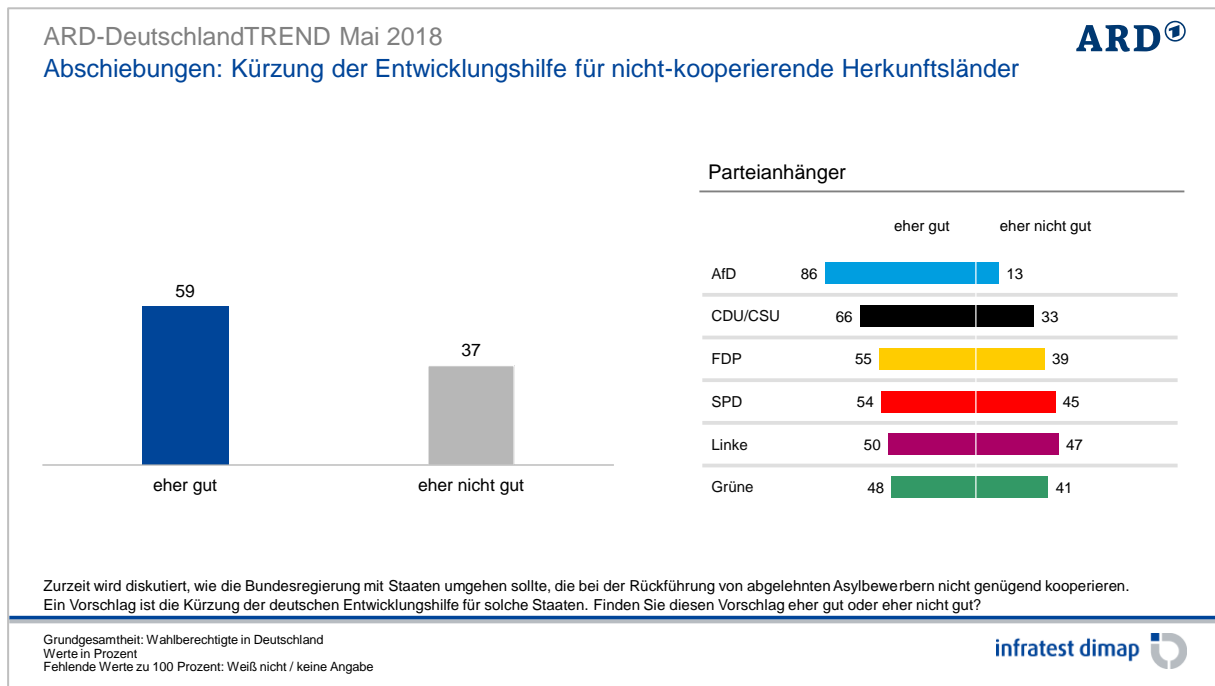
Das von der CSU geführte Innenministerium plant zentrale Einrichtungen zur Erstaufnahme von Flüchtlingen. In diesen sogenannten Ankerzentren sollen sie maximal 18 Monate bleiben, bis über ihren Aufenthalt in Deutschland abschließend entschieden ist. Gut jeder Zweite (54 Prozent) würde die Einrichtung solcher Zentren begrüßen, 42 Prozent finden die Einrichtung hingegen eher nicht gut.



Hinter den Plänen des Innenministeriums stehen mehrheitlich die Anhänger von Union (64:31 Prozent), AfD (63:32 Prozent) und FDP (59:37 Prozent). Im Lager von Linke (50:47 Prozent) und SPD (48:50 Prozent) halten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage. Die Grünen beurteilen Ankerzentren mehrheitlich als keine gute Lösung (44:51 Prozent).

Mehrheit für Kürzung der Entwicklungshilfe bei unzureichender Kooperation

Derzeit wird diskutiert, wie die Bundesregierung mit Staaten umgehen soll, die bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber nicht ausreichend kooperieren. Ein Vorschlag in diesem Zusammenhang ist, die deutsche Entwicklungshilfe für solche Staaten zu kürzen. Bei der deutschen Bevölkerung findet dieser Vorschlag mehrheitlich Unterstützung (59 Prozent), gut ein Drittel (37 Prozent) lehnt den Vorschlag hingegen eher ab.



Auf große Resonanz stößt eine Kürzung der Entwicklungshilfe für nicht-kooperierende Herkunftsländer in den Reihen von AfD (86:13 Prozent) und Union (66:33 Prozent). Aber auch bei den Anhängern von FDP (55:39 Prozent), SPD (54:45 Prozent), Linke (50:47 Prozent) und Grünen (48:41 Prozent) überwiegt die Zustimmung.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert